

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 0886846 pbbn d



## Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke  
MdB, Stellvertretender  
Vorsitzender der SPD-Bun-  
destagsfraktion, trifft  
Feststellungen zum Kompro-  
miß über die Neuordnung  
der Parteienfinanzierung.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB warnt  
davor, die Arbed-"Lösung"  
auf die Stahlindustrie im  
Ruhrgebiet zu übertragen.

Seite 4

Norbert Gansel MdB fordert  
politische Unterstützung  
für Yassir Arafat.

Seite 5

Dr. Liesel Hartenstein MdB  
verlangt das Verbot des  
Pflanzenschutzmittels  
2,4,5-T.

Seite 7

Hajo Hoffmann MdB be-  
schreibt einen fiktiven,  
aber nicht unrealistischen  
Alptraum: Wenn sich Crena-  
da auf Malta "abspielt"...

Seite 8

### Dokumentation

Offener Brief von Dagmar  
Luok MdB (Berlin), Vor-  
sitzende der deutsch-  
griechischen Parlamen-  
tariengruppe, an den grie-  
chischen Parlamentspräsi-  
denten Yoannis Alevras:  
Eine Mauer-Besichtigung  
gehört zum Berlin-Besuch.

Seite 9

38. Jahrgang / 217

11. November 1983

### In Sachen Parteienfinanzierung

-----  
Feststellungen zu einer sachlich und rechtlich kompli-  
zierten Materie

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die kritischen Worte zu unserem Kompromiß mit den Fraktio-  
nen der Regierungsparteien über die Neuordnung der Par-  
teienfinanzierung bedürfen einer sachlichen Erwidernng.  
Die Materie ist sachlich wie rechtlich schwierig, was zu  
einer teils unrichtigen, teils lückenhaften Berichter-  
stattung in der Presse geführt hat.

Unsere Position ist von drei Grundlinien bestimmt:

1. Die Neuordnung der Parteienfinanzierung ist überfällig.  
Sie muß in dem vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rah-  
men durchschaubar und überprüfbar gestaltet werden.  
Dies kann nicht bedeuten, daß wir die Parteien trocken-  
legen. Wir brauchen klare Rechtsgrundlagen, ohne Grau-  
zonen und Geldwaschanlagen. Auf dieser Grundlage brau-  
chen wir aber auch eine Regelung, die die Parteien in  
ihrer konstitutiven Bedeutung für den demokratischen  
Prozeß anerkennt und eine Finanzierung im erforderlichen  
Umfang ermöglicht.
2. Es ist kein Geheimnis, daß die SPD als Partei der Ar-  
beitnehmer und der kleinen Leute die Macht des großen  
Geldes gegen sich hat. Die Rechtsparteien haben mehr  
Geld als wir. Ich sehe keine Reform der Parteienfinan-  
zierung, die das ändern könnte. Wir müssen davon ausge-  
hen, daß die Ungleichheit zwischen uns und den Rechts-  
parteien im Spendenaufkommen fortbestehen wird. Diese  
Ungleichheit darf aber nicht durch staatliche Steuer-  
begünstigungen auch noch verstärkt werden.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Druckerei: Druckerei  
auf der Höhe, Bonn  
Postfach 1000



3. Die Neuordnung darf keine Amnestie für frühere Steuerstraftaten im Zusammenhang mit Zuwendungen an Parteien enthalten, weder direkt noch indirekt.

Nun zu den Kritikpunkten im einzelnen:

#### Steuerbegünstigte Beiträge und Spenden

Hier ist im unteren Bereich der Beiträge und Spenden bis zu 1.200/2.400 DM jährlich (die bei uns die Masse ausmachen) eine bisher nicht gekannte Steuervergünstigung vorgesehen, nämlich der Abzug von der Steuerschuld zu 50 Prozent. Dies führt in der Zukunft bei den meisten Beiträgen und den kleinen Spenden zu einer deutlichen Steurrückvergütung. Dies kann helfen, die Eigeneinnahmen aus Mitgliederbeiträgen zu erhöhen.

Im Bereich von höheren Spenden und Beiträgen haben wir uns mit unserem Vorschlag einer Höchstbetragsregelung nicht durchsetzen können. Spenden und Beiträge über 1.200/2.400 DM sollen in Zukunft wie bei gemeinnützigen Institutionen steuerbegünstigt werden. Dies aber für Parteien nur unter zwei wesentlichen Einschränkungen: Einmal soll die Steuerbegünstigung bei Spenden über 20.000 DM davon abhängen, daß dem Finanzamt die vorgeschriebene Veröffentlichung der Spende und des Spenders nachgewiesen wird (steuerrechtliche Publizitätspflicht). Das wird faktisch weitgehend wie eine Höchstgrenze wirken.

Zweitens wird unter den Parteien ein Chancenausgleich dergestalt stattfinden, daß die mit den Spenden verbundenen Steuervorteile zwischen den Parteien nach ihrem Anteil an Zweitstimmen ausgeglichen werden. Insoweit wird ein unterschiedliches Spendenaufkommen der Parteien also korrigiert.

In ihrem Gesamtzusammenhang (Privilegierung der kleinen Spenden und Beiträge, steuerrechtliche Publizitätspflicht, Entzerrung des Steuervorteils von Spenden durch den Chancenausgleich) halte ich diese Lösung für verfassungsgemäß. Dem entspricht die Einschätzung der Verfassungs- und Rechtsexperten unserer Fraktion. Der Hinweis auf frühere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes geht insoweit fehl, als dem Gericht noch nie eine derartig differenzierte Lösung vorgelegen hat.

Im übrigen ist erreicht worden, daß der im Gesetzentwurf vorgesehene neutrale Spendenfond entfällt.

#### Wahlkampfkosten-Pauschale

Ich verweise in diesem Zusammenhang vorab auf die Erhöhung der Pauschale von 2,50 DM auf 3,50 DM in 1974, die vom Bundesverfassungsgericht nicht beanstandet worden ist. Nach fast zehn Jahren steht diese Pauschale nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zu den Wahlkampfkosten. Friedrich Halstenberg hat einmal die Einnahme aus der Pauschale den tatsächlichen Kosten des Bundestagswahlkampfes 1980 gegenübergestellt. Das ergibt folgendes Bild: 65,1 Millionen, die wir aus der Pauschale erhalten haben, stehen tatsächliche Kosten in Höhe von circa 100 Millionen gegenüber. Auch die auf fünf DM erhöhte Pauschale würde nur einen Teil der tatsächlichen Wahlkampfkosten abdecken. Den Rest müssen wir über Beiträge und Spenden selber finanzieren.



Spenden der Berufsverbände

Hierzu vorab: Wir haben durchgesetzt, daß eine Steuerbegünstigung von Parteispenden als Betriebsausgabe oder Werbungskosten im Gesetz ausgeschlossen wird.

Nun zu den Berufsverbänden: Hier haben wir erreicht, daß die sogenannten Durchlaufspenden (ein Unternehmer spendet steuerbegünstigt an seinen Verband, dieser reicht das Geld an eine Partei weiter) im Gesetz verboten werden. Offen geblieben ist dagegen die rechtliche Bewertung der Praxis verschiedener Berufsverbände, bis zu 25 Prozent ihres Beitragsaufkommens bestimmten Parteien zuzuwenden. Wir wollen auch dieses Loch stopfen, konnten uns aber nur insoweit durchsetzen, als dieses Verfahren, das sich auf ein Gutachten des Bundesfinanzhofes aus dem Jahre 1952 stützt, auf der Grundlage des neuen Gesetzes von der Finanzverwaltung überprüft werden soll. Im übrigen gelten für derartige direkte Spenden von Berufsverbänden die Offenlegungs- und Publizitätspflichten des Parteiengesetzes. Ein Hinweis zum Schluß: Diese Regelung gilt auch für die Berufsverbände der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften.

Keine Amnestie-Wirkung

Die vielfach geäußerte Vermutung, das Gesetz schaffe "ein Schlupfloch für Steuersünder" ist unrichtig. Eine Amnestie-Wirkung wird weder direkt noch mittelbar eintreten. Alles was früher verboten war, bleibt verboten. Der Bonner Staatsanwalt Dr. Helmut Schäfer hat sich zu den Amnestie-Fragen ausführlich geäußert und kommt wie wir zu dem Ergebnis, daß durch ein solches Gesetz weder eine direkte noch eine mittelbare Amnestie-Wirkung eintreten kann (Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht, 1983, Seite 167 bis 171).

Wir haben darüber hinaus den ganzen Sumpf der Spendenleistung über Dritte trockengelegt, und zwar nicht nur hinsichtlich der diversen "staatsbürgerlichen Vereinigungen", sondern auch hinsichtlich sonstiger Konstruktionen, die als Verschiebebahnhof für anonyme Gelder in Betracht kommen. Dazu wird ins Gesetz ein allgemeines Umgehungsverbot aufgenommen, das die Zuleitung von Spenden an politische Parteien über Dritte ausschließt.

In diesem Zusammenhang noch ein Hinweis auf ein in der Öffentlichkeit weitverbreitetes Mißverständnis: Mit der Flick-Affäre hat das Parteienfinanzierungsgesetz überhaupt nichts zu tun. Bei der Flick-Affäre geht es um Straftaten wie Vorteilsannahme und Bestechung. An deren Strafbarkeit kann sich durch die Neuregelung der Parteienfinanzierung ohnehin nichts ändern.  
(-/11.11.1983/ks/rs)

+ + +



ARBED darf nicht Schule machen  
-----

Eine Warnung an die CDU, die Saarstahl-"Lösung" auf NRW zu übertragen

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die gerade eben noch gelungene Rettungsaktion bei ARBED-Saarstahl ist kein Grund zum Feiern oder zum Aufatmen. Dem desolaten Konzern, der sich als Faß ohne Boden erweist, wenn es um Finanzspritzen geht, konnte nur mit dem unverhältnismäßig hohen Beitrag der betroffenen Arbeitnehmer geholfen werden. Ein Vorgang, der einmalig ist und auch bleiben sollte. Da mutet es schon mehr als seltsam an, wenn der Oppositionsführer im Nordrhein-Westfälischen Landtag, Bernhard Worms, diese Ausnahme-situation bei ARBED als Vorbild für Nordrhein-Westfalen und seine Stahlindustrie hinstellt.

Wenn das die Lösung ist, die sich die CDU zur Sanierung der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr gedacht hat, dann versteht man auch, warum das von der sozialliberalen Koalition damals eingebrachte Stahlprogramm im Bundestag von der damaligen CDU/CSU-Opposition abgelehnt worden ist. Wenn Herr Worms so sehr auf die Kräfte der freien Marktwirtschaft vertraut, dann muß ich mich fragen, wieso ihm bei dem Saar-Modell nicht aufgefallen ist, daß von einem Eigentümerbeitrag so gut wie keine Rede ist.

Es kann doch wohl nicht angehen, daß die Arbeitnehmer dieses Industriezweiges in Zukunft mit ihren finanziellen Opfern eine total verfahrenere Politik - im wahrsten Sinne des Wortes - bezahlen sollen. Aus CDU-Sicht scheint das wohl die einfachste Methode zu sein, um davon abzulenken, daß es der Bundeswirtschaftsminister seit Jahren nicht geschafft hat, die deutschen Interessen in Brüssel in angemessener Form durchzusetzen.

Diese Bundesregierung sieht seelenruhig zu, wie sich das Karusell der Schuldzuweisung immer schneller dreht und - um im Bild zu bleiben - dem Gesetz der Physik folgend die Arbeitnehmer von der Platte fegt. Ich kann Herrn Worms und seine Freunde von der CDU nur davor warnen, diese Politik gutzuheißen.  
(-/11.11.1983/ks/rs)

+ + +



Arafat - am Ende?  
-----

Ein Aufruf, kein Nachruf

Von Norbert Gansel MdB

Es tut auf peinliche Weise weh: Die Kommentatoren stellen Yassir Arafat das politische Todeszeugnis aus, während er noch um sein Leben kämpft. Wer so kommentiert, schießt mit. Denn eine Überlebenschance Arafats ist die öffentliche Meinung.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ist die Vernichtung Arafats und der PLO in Beirut vor einem Jahr verhindert worden. Israel und die Vereinigten Staaten waren die Adressaten wütender Proteste. Heute wird kühl beobachtet, kommentiert und abgewartet. Dabei ist jedem klar, daß hinter den Feinden Arafats Syrien steht - und hinter Syrien hält die Sowjetunion still.

Arafat und seine PLO sind fast allein. Nur die Golfstaaten haben sich in letzter Minute auf ihre brüderliche Beistandspflicht besonnen. Hoffentlich nicht zu spät! Es geht um Menschenleben, es geht um das Existenzrecht eines Volkes, es geht um Chancen für den Frieden.

Wer meint - wie hohe amerikanische und syrische Beamte "verlautbaren" ließen -, ohne Arafat und seine PLO würde eine Friedensregelung im Nahen Osten erleichtert werden, täuscht sich. Und jene syrischen und sowjetischen Drahtzieher werden sich täuschen, die meinen, sie könnten die Palästinenser für ihre Hegemonialansprüche instrumentalisieren.

Das Schicksal der PLO im Libanon hat bei den Palästinensern das Bewußtsein geschärft, allein zu sein und allenfalls als Schirm benutzt zu werden, hinter dem andere Kräfte ihre eigenen Interessen verfolgen. Es hat auch ihr Selbstbewußtsein gestärkt. Was bei uns als militärische Niederlage gilt, gilt unter den Palästinensern als Beweis ihres Kampfes und Überlebenswillens. Wo diesem Willen der politische Weg versperrt wird, wird er sich in den Terrorismus flüchten. Wer heute über Arafat triumphieren möchte, kann ihm morgen zum Opfer fallen.

Gewiß hat Arafats Weg eine Blutspur gezogen von Gewalt und Gegengewalt - wie alle politischen Laufbahnen im Nahen Osten -, aber er führte doch in die Erkenntnis, daß am Ende ein friedliches Arrangement mit Israel stehen müßte. Soll das sein Schicksal besiegelt haben? - Wo regen sich Empörung und Protest?



Das Kapitel Arafat ist noch nicht zu Ende. Bevor er als Märtyrer zur politisch wirkenden Legende wird, hat der Mann ein Recht auf Leben und die Chance zur politischen Wirkung. Er hat schon immer die Prognosen über sich enttäuscht. Er ist die Figur der internationalen Politik, die am meisten überschätzt und unterschätzt worden ist. Überschätzt als der Kommandeur, der allein die Aktionen der PLO zu bestimmen und zu verantworten hatte, unterschätzt, als ein machtloser publik relation-Agent der palästinensischen Sache.

Tatsächlich hat er versucht, das fragile Gebilde der PLO handlungsfähig zu halten und militärisch und politisch für den Palästinenserstaat einzusetzen. Dieser Versuch ist gescheitert. Nach Beirut gibt es keine militärische Option. Die Spaltung der Palästinenserorganisation ist ein Faktum.

Arafats zukünftige Einflußmöglichkeiten beruhen jetzt noch auf seiner internationalen Erfahrung und der persönlichen Zustimmung, die er noch immer unter den Palästinensern in den Westbanks und in der Diaspora hat. Das kann nur erhalten bleiben, wenn er Tripoli auf eine in arabischer Sicht ehrenhafte Weise überlebt. Vieles spricht dafür, daß seine Feinde ihn nicht physisch, sondern moralisch vernichten wollen. Ein gedemütigter Arafat wäre ein machtloser Arafat.

Überlebt er Tripoli "in Ehren", liefert er sich nicht Ghadafis Unberechenbarkeit aus, befreit er sich von fremder Einwirkung, könnte er sich mit König Hussein auf eine Vertretung palästinensischer Interessen einigen.

Ein Test des sogenannten Reagan-Plans durch die Araber könnte zu einem wirklichen Friedensprozeß führen - nicht ohne Auseinandersetzung im arabischen Lager, aber mit Aussichten auf Erfolg für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht.

Das mögen Spekulationen sein. Gewiß ist nur, daß der Tod Arafats zu neuem Unglück führen wird. Wer dabei zuschaut, macht sich mitschuldig. (-/11.11.1983/ks/rs)

+ + +



2,4,5-T endlich verbieten  
-----

Dieses Pflanzenschutzmittel kann genetische Schäden hervorrufen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Arbeitsbereichs "Umweltschutz" der SPD-Bundestagsfraktion

Spätestens seit dem schrecklichen Seveso-Unfall und neuerdings wieder seit der Irrfahrt der 41 Seveso-Giftfässer durch Europa weiß jedermann, daß Dioxin (TCDD) ein Ultragift ist, dessen Gefährlichkeit kaum zu überschätzen ist. Umso unverständlicher, daß Produkte, die - wenn auch in geringen Mengen - Dioxin enthalten, bei uns immer noch produziert, auf dem Markt gehandelt und angewendet werden dürfen, so zum Beispiel das Unkrautvernichtungsmittel 2,4,5-T. In Italien, den Niederlanden, Schweden und Norwegen ist das Herbizid wegen der damit verbundenen Gesundheits- und Umweltrisiken bereits seit Jahren verboten. Es kann Mißbildungen und Erbgutschäden hervorrufen und wahrscheinlich auch krebserzeugende Wirkungen haben.

Aufgrund einer Kleinen Anfrage der SPD/FDP-Koalition und aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse und einer umfangreichen Anhörung hatte das Bundesgesundheitsamt im Juli 1981 sein Einvernehmen mit der Zulassung von 2,4,5-T zurückgezogen. Schon vorher hatten der damalige Verkehrsminister Volker Hauff und einige SPD-Länder wie Nordrhein-Westfalen und Hessen den Einsatz an Bahngleisen, Straßenrändern und in Staatsforsten untersagt. Das 2,4,5-T blieb aber trotz der Entscheidung des Bundesgesundheitsamtes weiterhin auf dem Markt, weil die betroffenen Chemiefirmen gegen die Rücknahme der Zulassung Klage erhoben. Völlig überraschend ließ das Bundesgesundheitsamt im September 1982 das Herbizid für weitere drei Jahre wieder zu mit der Auflage, daß der Dioxingehalt um die Hälfte gesenkt werden müsse.

Die SPD-Bundestagsfraktion sprach sich damals energisch gegen die erneute Zulassung von 2,4,5-T aus, da das Bundesgesundheitsamt selbst die Gesundheitsrisiken als "unumstritten" bezeichnete und keinerlei neue Fakten vorlagen, die eine Weiterverwendung gerechtfertigt hätten.

Aus der Erkenntnis, daß die Inkaufnahme dieser Risiken für Gesundheit und Umwelt unvertretbar hoch sind, brachte das Land Nordrhein-Westfalen im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Verbot von 2,4,5-T ein, der dort abgelehnt wurde, obwohl die Umweltministerkonferenz der Länder einhellig gefordert hatte, das Unkrautvernichtungsmittel nicht mehr einzusetzen.

Anläßlich der Affäre mit den Giftmüllfässern von Seveso und der Untersuchung mehrerer Sondermüllanlagen kam ein weiteres Problem zum Vorschein, das bis dahin nur unzureichend beachtet worden war: Da bei der Produktion von 2,4,5-T immer Dioxin als Verunreinigung anfällt, muß das Produkt gereinigt werden und es entstehen hochgefährliche dioxinhaltige Sonderabfälle. Inzwischen hat die Chemiefirma Boehringer angekündigt, daß sie das 2,4,5-T nicht weiter produzieren wolle. Dennoch darf das Herbizid weiterhin angewendet werden, soweit alte Lagerbestände existieren, es darf importiert werden und kann jederzeit neu produziert werden.

Unter dem Gesichtspunkt des vorbeugenden Schutzes hält die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ein Verbot von 2,4,5-T für unabdingbar. Mensch, Tier und Umwelt dürfen nicht zu Versuchskaninchen degradiert werden. Da das 2,4,5-T weder vom Pflanzenschutzmittelgesetz noch vom Chemikaliengesetz ausreichend erfaßt wird, ist es notwendig, das Herbizid wie das Insektizid DDT in einem Einzelgesetz zu verbieten.

(-/11.11.1983/ks/rs)

+ + +



## Wenn sich Grenada auf Malta "abspielt"...

Ein fiktives, aber nicht unwahrscheinliches Szenarium, das mir Alpträume verursacht

Von Hajo Hoffmann MdB

Unsere amerikanischen Freunde sind Weltbürger, Weltbürger gibt's überall. Die Amerikaner sind bedroht. Dies ist eine ideelle Gesamtbedrohung, die zur Zeit Malta bedroht.

Was ist geschehen? Seit einiger Zeit regiert auf der sonnigen Mittelmeerinsel Malta der linkssozialistische unberechenbare Dom "Bishop" Mintoff. Klagen aus Kreisen der unterdrückten christlich orientierten Opposition weisen auf eine gefährliche Zuspitzung der Lage hin: Die plumpen Versuche der Sowjetunion, auf Malta das große Reparatur- und Trockendock für die technische Versorgung ihrer Mittelmeerflotte umzufunktionieren, wurden bekanntlich durch die aufmerksame Weltöffentlichkeit verhindert. Inzwischen stellt sich die Vorgehensweise Moskaus subtiler dar. Libyens Gala-Revolutionär Ghaddafi übt Stellvertreterfunktion für Moskau auf Malta aus.

Dies ist besonders gefährlich, denn

- a) die strategische Lage der Insel Malta als Kontroll- und Angelpunkt der Mittelmeerschifffahrt wird durch die Bindung an den nordafrikanischen Staat faktisch zum Nadelöhr für alle Schiffsbewegungen in und aus Richtung Nahost. Damit wird amerikanisches Sicherheitsinteresse unmittelbar betroffen. Die Einsatzkarten der US-Rapid Deployment Forces, der sogenannten "schnellen Eingreiftruppe", sehen logistische Nachschubwege zur See für Konfliktfälle in Israel, Iran, Irak, Libanon, Syrien, Jordanien, Saudi-Arabien, den Golf-Staaten und Ägypten vor. Solche Einsätze werden dann unausweichlich, wenn die Sowjetunion in einem nächsten Sprung von Afghanistan aus unsere westlichen Ölquellen in Nahost okkupieren wird.
- b) Das Charisma des revolutionären Oberst wirkt - im Gegensatz zu den funktionärschaften grauen Politruks aus Sibirien - nahezu elektrisierend auf die Mentalität der Insulaner. Deren Historie weist sie als einen Schlag von Menschen aus, deren Stammesherkunft eine Mischung aus arabischen, etruskischen, kleinasiatischen, italienischen, französischen, spanischen und - in der Phase der Kreuzzüge - vielen mitteleuropäischen Volksgruppen darstellt. Das läßt Vermutungen auf Anfälligkeit und Instabilität zu.
- c) Auf der Insel befindet sich neben Touristen, die aus Gründen des Klimas und der Strände ganzjährig vorhanden sind, auch eine hohe Zahl von Studenten. Die Universität in La Valetta führt zahlreiche englische und französische Sprachkurse durch. Außerdem werden Studiengänge für Medizin solchen Studenten bereitgestellt, die einerseits dem unerträglichen Leistungsdruck ihrer Heimatstaaten entgehen wollen, andererseits über angemessene Finanzkraft verfügen. Der Anteil amerikanischer Studenten ist signifikant hoch; die zweitstärkste Gruppe kommt aus England.

Man kann es einen Glücksfall nennen, daß aus Zeiten des Commonwealth ein heute zwar irrelevanter, von Aussehen und Statur aber bemerkenswerter Honorarrepräsentant der britischen Krone in Castel Miracoli (etwa 12,5 Kilometer von La Valetta) residiert. Dieser Sir Joseph O'Boone hat nun in Hintergrundgesprächen zwei amerikanischen CIA-"Touristen" seine Befürchtungen über die Rolle Ghaddafis geäußert. Die US-Bürger wiesen beruhigend darauf hin, daß für alle Eventualitäten durch den WHNS eine kurzfristige Verfüng amerikanischer Truppen und Waffen aus der Bundesrepublik gewährleistet werde.

Soeben erreicht uns die Meldung, daß libysche Bauarbeiter damit begonnen haben, den Flughafen zum Zwecke der Förderung des Tourismus (!) zu verlängern. Die aufgestellten Baubuden weisen offensichtlich Stahltüren auf. In den Klappläden wurden Schlitze bemerkt. Einige "Bauarbeiter" führen "walkie-talkies" mit sich. Sir Joseph O'Boone hat ein R-Gespräch mit dem Weißen Haus angemeldet...  
(-/10.11.1983/vo-he/rs)

D O K U M E N T A T I O N

Die Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe, Dagmar Luuk MdB, hat an den Präsidenten des Griechischen Parlaments, Yoannis Alevras, einen offenen Brief geschrieben, indem sie als Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete ihrer "Bestürzung" über die Tatsache Ausdruck verleiht, daß eine griechische Parlamentarierdelegation es ablehnt, die Mauer zu besichtigen.

"Eine Besichtigung der Mauer gehört zum Besuchsprogramm"

-----

"Sehr geehrter Herr Präsident,

mit großer Befriedigung habe ich zur Kenntnis genommen, daß nach unseren intensiven Vorgesprächen in dieser Angelegenheit der Besuch einer griechischen Parlamentarierdelegation in der Bundesrepublik Deutschland noch in diesem Jahr stattfindet. Ihr Besuch unterstreicht in einer politisch unruhigen Zeit die enge Verbundenheit unserer beiden Staaten und verbessert die Voraussetzungen, mit neuer Kraft an die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben heranzugehen.

Außerordentlich gefreut habe ich mich darüber, daß Ihr Besuch in Berlin begonnen hat, wo wie in keiner anderen Stadt die deutsche Realität tagtäglich auf's Neue sichtbar wird. Um so unglücklicher war ich, daß aus einer für mich unverständlichen Sicht auf Probleme unserer Stadt Ihr Aufenthalt belastet wurde.

Eine Stadtrundfahrt, verbunden mit einer Besichtigung der Mauer gehört seit jenem 13. August 1961 zum Besuchsprogramm politischer Delegationen aus aller Welt, die in Berlin zu Gast sind. Eine Stadtrundfahrt dient immer nur der Information und die Bewertung ist jedem selbst überlassen.

Ich bin immer davon ausgegangen, daß gerade griechische Freunde Verständnis für tragische Vorkommnisse der Geschichte haben. Sie wissen doch aus eigener Anschauung, Herr Präsident, daß globale politische Probleme ein Land zerreißen können. Aber gerade Sie sollten wissen, daß ich, meine politischen Freunde und die Berliner Bevölkerung für Probleme des griechischen Volkes - ich meine das Zypernproblem mit der geteilten Hauptstadt Nikosia - stets großes Verständnis gezeigt haben. Ich darf auch an den Beistand für die griechischen Demokraten während der Diktaturzeit erinnern. Deshalb bestürzt es mich, als Berliner Bundestagsabgeordnete, daß Ihre Delegation vor der Mauer, jenem Zeichen der Teilung die Augen verschlossen hat. Wäre nicht gerade von Ihnen in Berlin ein deutliches Wort zur Fortsetzung der Entspannungspolitik und der Solidarität angebracht gewesen?

Während Ihres Aufenthaltes in Bonn erlaube ich mir, auf dieses Thema noch einmal zurückzukommen.

Mit der Bitte um Verständnis dafür, daß ich mich nach Lage der Dinge zu diesem ungewöhnlichen Schritt entschlossen habe, verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Dagmar Luuk."

(-/11.11.1983/ks/rs)

+ + +

